

Kardinal Kuharić mehrere Male getroffen, zwei Bischöfe der SOK wurden erstmals in der Geschichte in Rom vom Papst empfangen, und es gibt relativ regen Kontakt mit katholischen Institutionen wie dem CCEE, Pax Christi oder einzelnen Bischofskonferenzen. Der Bischof von Hildesheim, *Josef Homeyer*, hat zu Beginn dieses Jahres bekanntgegeben, daß mit Hilfe der Deutschen Bischofskonferenz eine deutsch-serbisch-kroatische Historikerkommission gegründet worden sei, die versuchen sollte, die Verwerfungen zwischen den Kirchen und Nationen aufzuarbeiten.

Es stellt sich also die Frage, welche Vorgehensweise die richtige ist: Soll man der SOK dadurch, daß man sie isoliert, deutlich zu erkennen geben, daß wir im Westen ihre Haltung

weder billigen noch nachvollziehen können, oder soll man versuchen, durch das Angebot eines Dialogs den Kontakt mit der SOK aufrechtzuerhalten, und ihr zeigen, daß die Ereignisse im Zusammenhang mit der Auflösung Jugoslawiens auch ganz anders gesehen werden können, ohne daß dadurch die berechtigten Interessen Serbiens und der Serben vernachlässigt werden? Mir scheint, daß sich die westlichen Kirchen für die Option des Dialogs entscheiden sollten. Es wird keine Lösung des Jugoslawien-Krieges ohne ein Umdenken bei den Serben geben, und die SOK ist ein wichtiger Faktor für einen solchen Prozeß. Eine Isolierung der SOK würde jedoch diesen notwendigen Prozeß nicht fördern, sondern hemmen.

Thomas Bremer

„Öffentliche Nadelstiche und Dialog“

Ein Gespräch mit Volkmar Deile, Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international

In dem Maße, wie die Menschenrechte mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ins Zentrum der internationalen Politik gelangten, nahm auch die Bedeutung der auf nationaler wie internationaler Ebene agierenden, für den Schutz der Menschenrechte engagierten Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu. Nicht zuletzt die Weltmensenrechtskonferenz in Wien 1993 hat diese neue Rolle der NROs deutlich gezeigt. Wie sich die Menschenrechtsarbeit unter diesen neuen Vorzeichen gestalten läßt, darüber sprachen wir mit Volkmar Deile, seit fünf Jahren Generalsekretär der deutschen Sektion von amnesty international. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Deile, in der Berichterstattung über die letzten vier großen UN-Weltkonferenzen in Rio, Wien, Kairo und Kopenhagen kehrt ein Motiv immer wieder: Die wichtige Rolle der Nichtregierungsorganisationen vor, während und besonders nach den Konferenzen. Wie stellt sich diese Entwicklung vor dem Erfahrungshintergrund von amnesty international dar? Wo liegen die Gründe für den vielfach konstatierten Zugewinn an Bedeutung und Aufmerksamkeit für die NROs? Was war neu für die NROs bei der Weltmensenrechtskonferenz in Wien 1993?

Deile: Neu war zunächst einmal, daß überhaupt eine solche Konferenz zustande kommen konnte. Die Wiener Weltmensenrechtskonferenz war von einer Grundidee getragen: Es müsse nun, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, die Chance ergriffen werden, die Menschenrechte zur Grundregel des Zusammenlebens der Menschen und Völker zu erheben. Bei der ersten Weltmensenrechtskonferenz in Teheran 1968 waren weniger als die Hälfte der Staaten vertreten, die in Wien dabei waren, und nur 57 NROs. In Wien waren es 1500. Daß die Menschenrechtsfrage in dem Maße

zu einer zentralen Fragestellung internationaler Politik wurde, wie dies in den letzten Jahren geschehen ist, dafür ist vor allem die Befreiung der Menschenrechte aus der Umklammerung des Ost-West-Konfliktes ursächlich. Aber wir haben zwei neue Entwicklungen: Zum einen gibt es enorme Verschiebungen in der Staatenwelt durch den Zerfall der Staatsautorität in einer ganzen Reihe von Ländern, etwa Somalia, Liberia oder Afghanistan. Gleichzeitig schließen sich ganze Regionen zu größeren Einheiten zusammen, zunächst auf wirtschaftlicher, dann aber auch auf politischer Ebene wie im Fall der EU. Beide Entwicklungen zeigen, daß der Nationalstaat nicht mehr der alleinige Garant für die Menschenrechte ist. Neue Akteure müssen auf deren Einhaltung verpflichtet werden.

HK: Und wer soll sie darauf verpflichten? Sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen überhaupt schon gegeben?

Deile: Mit den Veränderungen der internationalen Politik 1989 sind viele Gesellschaften in Transformationsprozesse eingetreten. In deren Verlauf und Sog haben sich in allen Bereichen eine Fülle nichtstaatlicher Organisationen heraus-

gebildet, von der Umwelt- über die Entwicklungs- bis hin zur Frauenpolitik, gerade aber auch im Menschenrechtssektor. Der durch die geopolitische Teilung der Welt in Ost und West entstandene Druck hatte in vielen Staaten die Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Engagements verhindert. Ein solches Engagement – der Einsatz für die eigenen wie die Interessen der anderen, der Versuch der Einflußnahme auf Lebensbedingungen und -umstände – ist jedoch so etwas wie eine Grundeigenschaft des Menschen. Diese so lang unterdrückte zivilgesellschaftliche Energie suchte nun nach Möglichkeiten und Formen der Entfaltung. Die Repräsentanz der neu entstandenen NROs auf den Weltkonferenzen gestaltet sich natürlich nicht einfach, da diese z. T. über keine oder nur sehr wenig Mittel verfügen. Es mußten und müssen Wege gefunden werden, um eine regionale Balance unter den heute existierenden Menschenrechtsorganisationen sicherzustellen. Nur durch gegenseitige Hilfe und Ressourcenteilung ist eine Zusammenarbeit der NROs ohne europäisch-nordamerikanisches Übergewicht möglich.

„Freigesetzte zivilgesellschaftliche Energie sucht nach Ausdrucksformen“

HK: Die enorme Zunahme der schier Zahl von Menschenrechts-NROs ist eine Sache. Was hat sich aber bezüglich deren Rolle und Einflußmöglichkeiten geändert?

Deile: In dem Maß, wie die Menschenrechte von der Peripherie ins Zentrum der internationalen politischen Aufmerksamkeit gerückt sind, brauchen die Regierungen und Parlamente Informationen zur Menschenrechtssituation und -lage international und in den einzelnen Ländern. Politik, die gezwungen ist, die Frage des Menschenrechtsschutzes ernster zu nehmen, weil sie in der Öffentlichkeit debattiert wird, bedarf der Expertise. Dabei gehört es beispielsweise nicht zu den traditionellen Aufgaben des diplomatischen Dienstes, hierfür zu recherchieren oder sich in die Menschenrechtsproblematik eines Staates, die eine Frage der Herrschaftsordnung und Machtausübung sind, einzumischen. Also wurden die Erfahrung, die Informationen, die Expertise der Menschenrechtsorganisationen gebraucht und angefragt.

HK: Allerdings firmieren unter dem Label NRO die verschiedensten Gruppen, die sich bezüglich ihrer Interessen, ihrer Größe und Struktur oft recht deutlich unterscheiden. Das hat sich doch auch vor zwei Jahren in Wien gezeigt...

Deile: In Wien gab es die NROs, die sich für die Stärkung des internationalen Systems zum Schutz der Menschenrechte einsetzten. Daneben gab es aber auch solche, die einfach „nur“ die internationale Aufmerksamkeit für die vergessenen Probleme ihrer Minderheit vor einem solchen Weltforum erreichen wollten. So ergab sich eine Mischung aus universalen Interessen und regionalen und lokalen Betroffenheiten.

HK: Das Gerangel, das es in Wien unter den Regierungsdelegationen über den Status der NROs, deren Beteiligung an der Redaktion der Schlußerklärung gab, zeigte, daß sich diese keineswegs in allen Staaten gleich großer Beliebtheit erfreuen. Warum eigentlich?

Deile: Mit fließenden Übergängen lassen sich in puncto Menschenrechte derzeit zwei „Sorten“ von Regierungen unterscheiden. Zum einen sind es Regierungen, die aufgrund der Verteidigung ihrer eigenen Interessen und der der Eliten ihres Landes zwar verbal einer allgemeinen, universellen Geltung der Menschenrechte meist zustimmen, diese jedoch praktisch laufend relativieren oder verletzen, indem sie sich auf verschiedene Entwicklungsstufen, historische, religiöse und kulturelle Kontexte berufen. Die zweite „Sorte“ räumt dem Menschenrechtsschutz verbal einen hohen Stellenwert ein, setzt sich in den Menschenrechtsgremien der UNO sehr konsequent für dessen Durchsetzung ein, praktiziert aber in ihren bilateralen Beziehungen Selektivität und Doppelstandards. Mit der Spannung zwischen beiden Richtungen müssen die international agierenden NROs rechnen und entsprechend auch ihre Strategien darauf abstellen. So haben etwa in Wien einige Delegationen, darunter auch die deutsche, die NROs sehr genau über den aktuellen Diskussionsstand, über bestimmte Defizite informiert. Entsprechend konnten dann diese ihre Lobbyarbeit auf eben diese Defizite konzentrieren.

HK: Hatte diese Strategie seinerzeit denn auch entsprechenden Erfolg?

Deile: Einer der interessantesten Vorgänge vor der Wiener Weltmensenrechtskonferenz zeigte zugleich die enorme Bedeutung der NROs. Als die ASEAN-Staaten im Vorfeld von Wien die universelle Geltung der Menschenrechte massiv in Frage stellten, fand zeitgleich in Bangkok auch ein Treffen asiatischer NROs statt. Zwar wurde auch dort etwa der über die Menschenrechtsfrage betriebene Protektionismus der reichen Länder kritisiert. In der Frage der individuellen Menschenrechte war man jedoch rigoros: Mit dem Verweis auf historische Entwicklung lasse sich beispielsweise nicht das Folterverbot aufweichen. Damit mußten nicht nur die NROs und bestimmte Regierungen opponieren, sondern die asiatischen NROs konterkarierten die Haltung ihrer eigenen Regierungen, die ihre Herrschaftsinteressen mit dem Verweis auf angebliche asiatische Werte verteidigten. Das war sehr hilfreich.

HK: Am Ende der Weltmensenrechtskonferenz haben sich die NROs eine weltweite Vernetzung vorgenommen. Wie gestaltet sich inzwischen diese Zusammenarbeit, wo liegen ihre Grenzen und Schwierigkeiten?

Deile: Die NROs sind heute auf den unterschiedlichen Ebenen miteinander in Kontakt. Im Vorfeld von Wien haben sich in allen Kontinenten und Regionen die NROs getroffen. In einigen Fällen hat sich die Zusammenarbeit verstetigt wie etwa in Deutschland mit dem „Forum Menschenrechte“, einer Plattform von Menschenrechts-NROs, der beispiels-

weise auch Caritas, Justitia et Pax, Misereor und die Gewerkschaften angehören. Mehr als eine Vernetzung sollte man dabei grundsätzlich nicht anstreben. Gemeinsame Vertretungen und Büros, die für die einzelnen Organisationen sprechen, halte ich für keine fruchtbare Lösung. Die Zwangsharmonisierung unterschiedlicher Organisationen beispielsweise durch einen gemeinsamen Vorstand würde es zwangsläufig mit sich bringen, daß die einzelnen Organisationen ihr Profil verlieren würden. Damit wären sie aber nicht mehr die Sprecher ihrer je eigenen „Klientel“. Der Verlust an Verankerung in der Bevölkerung aber fördert dieses Abgehobensein, das man ja bereits bei einigen NROs beobachten kann. Vielmehr geht es darum, daß jede Organisation von ihrem spezifischen Aufgabengebiet her für ein gemeinsames Anliegen, für eine besondere Kampagne ihr Bestes tun kann, indem sie ihr Proprium einbringt.

„Die Abhängigkeit von der Öffentlichkeit schafft ein Stück Legitimation“

HK: In den vergangenen Wochen hat das Thema „NRO“ erneut für Schlagzeilen und Kommentare gesorgt, allerdings mit eher kritischen Untertönen. Als „Greenpeace“ mit ihrer Aktion gegen die Versenkung einer Ölplattform nicht nur einen Riesenkonzern, sondern auch die englische Regierung in die Knie zwang, beschworen Kritiker ein Szenario, in dem Konzerne und nichtstaatliche Organisationen die weltweiten Belange unter sich ausmachen, vor allem an den demokratisch gewählten Regierungen vorbei. Mit der Warnung vor solchermaßen antidemokratischen Tendenzen wurde ganz massiv die Legitimation von NROs hinterfragt. Ist das auch ein Thema für Menschenrechts-NROs?

Deile: Die Frage der Legitimation ist natürlich auch für die Menschenrechtsorganisationen wichtig, obwohl wir uns seit unserer Gründung gegen den Nichteinmischungsstandpunkt von Regierungen stark gemacht haben. Zuerst einmal jedoch: Das erfolgreiche Unterdrucksetzen gesellschaftlicher Akteure – seien dies nun Regierungen oder Wirtschaftsverbände – durch politische Aktionen entspricht sicherlich dem ureigensten Sinn von Demokratie. Keine NRO sollte und kann dabei mit dem Anspruch auftreten, sie sei die Zivilgesellschaft, sie vertrete den Willen der Bevölkerung. Was NROs zu Recht in Anspruch nehmen können, ist, daß sie ein Teil eines pluralen zivilen Engagements sind.

HK: Woraus aber bezieht nun konkret eine Organisation wie amnesty ihre Legitimation?

Deile: Zunächst einmal aus ihrer Aufgabe, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen zu helfen, und daraus, daß sie von der Öffentlichkeit abhängig ist. Gewöhnlich kann ja eine Organisation von sich aus sehr wenig durchsetzen. Erst die Unterstützung durch die Öffentlichkeit ist es, die entsprechend wirkungsvoll politischen Druck erzeugt. Gerade für die Arbeit von amnesty ist es außerordentlich wichtig, daß

sich die Öffentlichkeit an ihre Seite stellt, ihr damit zuerst die Möglichkeit gibt, sich mit einem sorgfältig recherchierten Fall und klaren Forderungen an benennbare Verantwortliche zu wenden. Weiterhin muß amnesty sowohl erst die Gelegenheit erhalten, als umgekehrt auch die Fähigkeit besitzen, ihr humanitäres Anliegen so zu organisieren, daß daraus solidarischer politischer Druck zugunsten von Menschen entstehen kann. Drittens müssen wir imstande sein, auf die eigene Regierung so Einfluß zu nehmen, daß sie unser Anliegen zu einem Bestandteil ihrer Politik macht.

HK: Was legitimiert eine Menschenrechts-NRO über ihre inhaltliche und „fachliche“ Kompetenz hinaus?

Deile: NROs sind, wenn sie von staatlichen Töpfen unabhängig sind, auf Unterstützung durch die Öffentlichkeit, d. h. viele Menschen und etwa die Medien angewiesen. Und gerade für die Menschenrechtsarbeit ist die Aufrechterhaltung finanzieller und damit politischer Unabhängigkeit die Grundvoraussetzung jeder Wirkung. Für amnesty international gilt weltweit der Grundsatz: kein Geld von Regierungen annehmen, selbst wenn diese selbst eine relativ weit fortgeschrittene Menschenrechtsarbeit betreiben. Denen aber, die sie unterstützen, sind die NROs immer rechenschaftspflichtig – umgekehrt aber erhalten sie durch diese Unterstützung auch ein Stück Legitimation. Eine gewisse Legitimation erhalten sie auch dadurch, daß sie durch die Konzentration auf ihr Anliegen imstande sind, nicht nur punktuell, sondern längerfristig zu arbeiten. Dies ist in den vergleichsweise kurzen Wahlperioden nicht möglich.

HK: Trotz langfristiger Perspektiven verlangt der Einsatz für den Schutz der Menschenrechte immer flexibles Reagieren auf wechselnde politische Konstellationen, national wie international. Wie stellt amnesty ihre Arbeit auf solche Veränderungen ein, bzw. welche waren in jüngster Zeit zu bewältigen?

Deile: Die Geschichte von amnesty ist von Beginn an geprägt von solchen Änderungen, Modifikationen und Erweiterungen ihres Mandats. In den 60er Jahren fing amnesty an, sich für die bedingungslose Freilassung gewaltloser politischer Gefangener einzusetzen. Die angeklagten Staaten verteidigten sich dagegen, die Gefangenen seien alle in ordentlichen Gerichtsverfahren verurteilt worden. Zwangsläufig mußte sich amnesty daher also mit unfairen Gerichtsverfahren beschäftigen und der Scheinlegalität von Unrechtsakten. Auch wenn dann die Gerichtsverfahren korrekt abgelaufen sind, konnten die Geständnisse immer noch durch Folter und Mißhandlung erzwungen sein. Also mußte sich amnesty – und nicht nur, weil dies uns moralisch und ethisch geboten war – mit der Folter auseinandersetzen. Die staatlichen Repressionsformen ändern sich permanent. Staaten, die dem Druck internationaler Solidarität entgehen wollten, der am einfachsten im Falle von Langzeitgefangenen aufgebaut werden kann, gingen dazu über, Menschen nur noch für zehn Tage festzusetzen, sie dann wieder freizulassen, um sie nach vierzehn Tagen wieder zu inhaftieren

und zu foltern. Ein besonders gutes Beispiel für diese Praxis ist der Sudan.

HK: Anfang der neunziger Jahre startete amnesty international ihre Kampagne gegen das „Verschwindenlassen“. Warum wurde sie notwendig?

Deile: Dieses „Verschwindenlassen“ war vor allem zuerst eine Massenpraxis der lateinamerikanischen Militärdiktaturen, die sich in den letzten Jahren jedoch über den ganzen Erdball ausgebreitet hat. Menschen werden von Polizei oder Militär zu Hause abgeholt; wenn aber dann Familienangehörige nach ihnen fragen, weiß niemand mehr von ihnen. Der Effekt ist klar – jeder denkt, dies könnte mir auch passieren. Deshalb mußte amnesty das Verschwindenlassen und den staatlichen Mord in ihr Mandat mitaufnehmen. Neben den Regierungen, die Völkerrechtssubjekte sind, Menschenrechtsabkommen ratifiziert haben, berichts- und rechenpflichtig sind gegenüber den internationalen Menschenrechtsinstrumenten, gibt es aber noch andere, neue Menschenrechtsverletzer, beispielsweise bewaffnete Oppositionsgruppen wie den peruanischen „Leuchtenden Pfad“, die frühere PLO oder die kurdische PKK. Auch diese nehmen Menschen gefangen, foltern und mißhandeln sie. Die zahlreichen Bürgerkriege auf der Welt lassen dieses Problem dabei immer größer werden. Wiederum mußte amnesty beschließen, auch die Menschenrechtsverstöße von bewaffneten Oppositionsgruppen in ihr Mandat aufzunehmen. Sich verändernde Repressionsformen haben uns in unserer ganzen Geschichte gezwungen, unser Aufgabenfeld und unsere Arbeitsformen flexibel zu gestalten.

HK: Inzwischen ist die gesamte Menschenrechtsdiskussion heftig in Bewegung geraten. In der Entwicklungspolitik spielen Menschenrechte zunehmend eine größere Rolle. Neu ist auch die Konzentration auf die sozialen Menschenrechte. Besonders Entwicklungsländer dringen auf die Schaffung einer „dritten Generation“ von Menschenrechten, wozu beispielsweise das Recht auf Entwicklung, auf Frieden und eine intakte Umwelt zu zählen wären. Muß amnesty ihr Mandat nun auch so weit öffnen, daß – zugespitzt formuliert – aus der Menschenrechts-NRO eine entwicklungspolitische werden kann?

Deile: Letzteres natürlich nicht. Amnesty beschränkt sich in seiner Arbeit eindeutig auf den Bereich des internationalen Paktes über die bürgerlichen und politischen Rechte. Sollten wir uns auch zur Fülle der anderen Rechte engagieren? Vor der Weltmensenrechtskonferenz betonte amnesty in einer Erklärung die Unteilbarkeit aller Menschenrechte, ihre gegenseitige Abhängigkeit, die Gleichberechtigung ihrer Anliegen und wandte sich gegen jede Hierarchisierung der Menschenrechte. Deshalb müssen wir uns jedoch nicht auch noch für die Realisierung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte engagieren. Selbstverständlich suchen wir aber die Vernetzung mit Organisationen, die dieses tun. In dem Netzwerk des Forums Menschenrechte bildet sich etwa die Unteilbarkeit aller Menschenrechte ab. Unsere primäre Ziel-

setzung ist es, bei schweren individuellen Menschenrechtsverletzungen zu helfen und Menschen präventiv vor diesen zu schützen.

„Der Zugang zur Politik ist heute kein Problem mehr“

HK: Um dieses möglichst effektiv zu betreiben, ist amnesty international auf ihr gutes Ansehen in der Öffentlichkeit, aber eben auch bei den Regierungen und politisch Verantwortlichen angewiesen. Wie haben sich die Arbeitsbedingungen verändert, wie gestalten sie sich heute?

Deile: Zu Zeiten des Kalten Krieges galten wir für den Ostblock als vom CIA gesteuert – dies belegen unter anderem sehr anschaulich die vorhandenen Stasiakten über amnesty. Für die mittel- und lateinamerikanischen Militärdiktaturen waren wir gleichzustellen mit KGB-Agenten. Die Gleichzeitigkeit beider Vorwürfe war zwar für uns immer auch ein vorzüglicher Beweis tatsächlicher Unabhängigkeit. Seitdem diese Blockrationalität verschwunden ist, haben sich aber nicht nur die Arbeit selbst, sondern auch die Arbeitsbedingungen verändert. Sicherlich sind die Einflußmöglichkeiten, die amnesty heute hat, um zugunsten der Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch Information und Aktion zu intervenieren, gewachsen. Im gleichen Maß haben sich auch neue Möglichkeiten eröffnet, mit den Regierungen in Dialog zu treten, sie direkt auf unsere Anliegen aufmerksam machen zu können. Anders als noch vor fünfzehn Jahren stellt der Zugang zur Politik für amnesty heute kein Hauptproblem mehr dar, obwohl die Unterschiede zwischen der Außen- und Entwicklungspolitik und der Innenpolitik beim Asylrecht markant sind. Vertreter von amnesty werden heute eingeladen, um neugewählte Regierungen zu beraten, welche Instrumente des Menschenrechtsschutzes nach einer politischen Transformationsphase in neu zu schaffende Verfassungen aufgenommen werden sollen.

HK: Wie sieht denn das Verhältnis zwischen der deutschen Sektion von amnesty und der Bundesregierung innerhalb dieser veränderten Koordinaten aus?

Deile: Auch hier geht es nicht mehr um das Ernstgenommenwerden, ist der Zugang zur Politik nicht mehr das Hauptproblem. Die für uns entscheidenden Fragen lauten vielmehr: Werden unsere Forderungen des Einsatzes für Verfolgte und Gefangene ernsthaft geprüft, werden sie Bestandteil von Regierungsverhandlungen, werden die von uns gestellten Listen mit den Namen politischer Gefangener nur diskret und unauffällig in Verhandlungspausen übergeben, reizt die Regierung alle realpolitischen Räume wirklich aus, um das Menschenrechtsthema zur Sprache zu bringen, hat die Regierung eine Konzeption für ihre Menschenrechtspolitik?

HK: Ist dieses Ernstgenommenwerden schon an einen kritischen Punkt gelangt, wo um die Unabhängigkeit von

amnesty gefürchtet werden muß? Funktioniert die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen gar schon so gut, daß die Glaubwürdigkeit in Gefahr gerät?

Deile: Konkret sehe ich keine unmittelbare Gefahr für amnesty. Grundsätzlich lauern hier jedoch einige Klippen. Ein Beispiel, das dieses veranschaulicht: Deutschland steht mit einem Staat X in Verhandlungen über Entwicklungszusammenarbeit. Dazu übergibt amnesty der deutschen Seite einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in diesem Land. Damit erreicht die Regierung des anderen Landes das amnesty-Anliegen aus der Hand der deutschen Regierung. In ihren Augen gesehen gibt es für sie da kaum noch Unterschiede mehr zwischen Regierung und NRO. Eine andere vieldiskutierte Frage ist die, ob und wie weit man sich auf die Beraterrolle in politischen Prozessen einläßt, die nicht öffentlich sind. Bisher gilt dabei der Grundsatz, daß zumindest alles, was amnesty tut, innerverbandlich öffentlich behandelbar und vertretbar sein muß. Das Prinzip Öffentlichkeit ist für amnesty nun einmal konstitutiv.

„Lobbyarbeit ist kein Ersatz für öffentliche Aktionen“

HK: Damit begibt sich amnesty gerade mit seiner Lobbyarbeit auf eine permanente Gratwanderung...

Deile: Wir müssen die Kunst beherrschen, auf der einen Seite so nahe wie möglich an den politischen Prozeß heranzukommen, dabei aber andererseits nicht zu offiziellen Regierungsberatern zu werden. Nur als unabhängige Organisation bleiben wir imstande, auch die eigene Regierung unter Druck setzen zu können. Konkret: Daß wir Bundeskanzler und Bundespräsident eine Liste mit Namen politischer Gefangener in ihre Verhandlungen mit der chinesischen Regierung mitgeben, darf nicht bedeuten, beim Besuch der chinesischen Delegation auf öffentliche Demonstrationen zu verzichten. Ebenso dürfen wir uns damit nicht der Möglichkeit begeben, die eigene Regierung wegen ihres inkonsequenten, selektiven Umgangs mit dem Thema Menschenrechte zu kritisieren. Für amnesty besteht eine strenge Reihenfolge. Zuerst kommen Kampagnen und Aktionen. Mit der Lobbyarbeit unterstützen wir dann, was wir in den Kampagnen tun; sie ist niemals Ersatz für öffentliche Aktionen.

HK: „Lobbyarbeit“ ist ja so etwas wie das neue Zauberwort in der NRO-Szene geworden. Welche Grenzen dürfen dabei für eine Menschenrechts-NRO wie amnesty international nicht überschritten werden?

Deile: Problematisch wird es dann, wenn eine NRO über diese Lobbyarbeit ihre soziale Basis, die Verankerung in der Bevölkerung verliert. NROs täuschen sich, wenn sie glauben, gute Lobby- und Pressearbeit könnten die Aktionen vieler Menschen ersetzen. Vor allem aber geht es im letzten dabei doch um einen anderen Punkt: Wenn man der Mei-

nung ist, die Politik müsse sich bezüglich der Menschenrechtsfragen insgesamt grundsätzlich ändern, stellt sich doch die Frage, wer diese Veränderungen herbeizwingen kann. In den Aktionen durchlaufen Menschen dazu wichtige Lernprozesse. Das politische Potential für Veränderungen von Politik entsteht aus der Beteiligung vieler Menschen an Aktionen, den dort gemachten Erfahrungen. Sie verändern die Einstellungen und Verhaltensweisen.

HK: Dabei sind die Erwartungen und Motivationen der NRO im Zusammenspiel mit der Regierung nur die eine Seite, deren eigene Interessen und Ansinnen die andere. Gegenüber welchen Erwartungen und in welchen Situationen müssen sich die Menschenrechtsorganisationen ihrerseits verwahren?

Deile: Wir müssen selbstverständlich immer davon ausgehen, daß Regierungen sich ihren Interessen entsprechend verhalten. Das heißt, die Menschenrechtsdimension kommt eben nur so weit zum Tragen, wie sie anderen Interessen nicht widerspricht. Dies ist auch in Deutschland so. Die politische Ebene muß sich daher klarmachen, daß das Verhältnis zu uns immer zwei Seiten hat: den öffentlichen Nadelstich und den Dialog über die Anliegen; wobei der öffentliche Nadelstich den Dialog meistens befördert, ihn zumindest keinesfalls verhindert. Umgekehrt dürfen wir uns keine Illusionen darüber machen, daß, wenn sich die Bundesregierung eine amnesty-Namensliste geben läßt, sie damit ihre auch innenpolitische Absicherung betreibt. Sie hat dann etwas in der Hand für den Fall, daß die deutsche oder internationale Presse sie wegen opportunistischen Verhaltens gegenüber Diktaturen anprangert.

„Die gegenwärtige Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen provoziert oft Ohnmachtsgefühle“

HK: Mit diesem Realismus werden Sie wohl gelegentlich auch auf Widerspruch aus den eigenen Reihen stoßen. Darf sich amnesty solchermaßen instrumentalisieren lassen?

Deile: Ja, weil es um das Leben desjenigen geht, der auf der Liste steht. Unser Hauptziel ist die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener, die Verbesserung der Haftbedingungen und der Schutz vor Folter. Um dies zu erreichen, ist uns mancher noch so krumme politische Weg, auch eine noch so zweifelhafte Motivation von seiten der Politik, recht. Die Grenze aber liegt dort, wo wir für politische Zwecke instrumentalisiert werden, die nicht unserer Zielsetzung, nicht unseren Satzungszwecken entsprechen. Natürlich kommt aber auch dieses vor. Berichte über Menschenrechtsverletzungen dienen immer auch zum Mittel, andere ins Unrecht zu setzen. Es wird sehr viel Propaganda auf dem Menschenrechtssektor betrieben.

HK: Sie haben mehrfach betont, welche zentrale Rolle die gesellschaftliche Öffentlichkeit für den Erfolg der Arbeit

spielt. Wie steht die deutsche Sektion von amnesty international heute in der deutschen Öffentlichkeit da?

Deile: Grundsätzlich erfahren wir gerade in der medialen Öffentlichkeit sehr viel Unterstützung. Dabei ist jedoch die Berichterstattung zum Thema Menschenrechte insgesamt nicht unproblematisch, denn oft beschränkt sie sich auf schwere Menschenrechtsverletzungen, auf Katastrophen. Dies wiederum provoziert bei den meisten Menschen Ohnmachtsgefühle. Unserer Arbeit aber wäre mit der Verbreitung guter Nachrichten besonders geholfen – etwa der, daß ein Drittel der amnesty-„Eilaktionen“ erfolgreich sind, oder daß zwei Drittel der Gefangenen, deren Fälle im Zeitraum 1992/93 Gegenstand von „Briefen gegen das Vergessen“ waren, dadurch freikamen.

HK: Gleich, ob es sich um Kirchen, Gewerkschaften oder Sportvereine handelt, alle haben Schwierigkeit, neue ehrenamtliche Mitarbeiter für ihre Sache zu gewinnen und an sich zu binden. Amnesty stellt hohe Erwartungen an seine Mitglieder bezüglich der Beteiligung an Briefaktionen oder

öffentlichen Kampagnen. Kämpft auch eine Menschenrechtsorganisation wie amnesty mit einer Mitgliedererosion?

Deile: In der deutschen Sektion besitzen wir mit etwa 600 Gruppen ein großes Potential; das Gruppenmodell stagniert jedoch. Der Bestand hält sich gerade. Seit drei Jahren gibt es deshalb nun auch die Möglichkeit, Einzelmitglied zu werden. Dabei müssen sich diese jedoch schriftlich verpflichten, sich an einer Aktionsform, etwa der „Eilaktion“ zu beteiligen. In den letzten zwei Jahren haben wir so über 5000 Einzelmitglieder hinzubekommen. Die Stagnation in den Gruppen wird dadurch mehrfach kompensiert. Gerade aber im Vergleich etwa zu Holland, wo ein Prozent der Bevölkerung amnesty-Mitglieder sind, wäre Zuwachs schon noch wünschenswert und auch denkbar. Wir haben 11 000 Mitglieder in ca. 600 ai-Gruppen, 5000 Einzelmitglieder, 17 000 Förderer und etwa die gleiche Anzahl an Spendern. Wir wollen aber sicherlich keine reinen Sympathie-Mitglieder sammeln. Sie können Förderer unserer Arbeit auch ohne den Mitgliedsstatus sein. Mitgliedschaft bei amnesty soll weiterhin heißen, sich an den Aktionen zu beteiligen.

Gefürchtet, überschätzt, dämonisiert

Rechtskonservative Gruppierungen im deutschen Katholizismus

Am rechten Rand des innerkirchlichen Meinungsspektrums haben sich in Deutschland Initiativen und Gruppierungen herausgebildet, die zwar oftmals wenig bekannt, aber nicht ohne Einfluß in den Diözesen sind. So unterschiedlich diese auch im einzelnen sein mögen, insgesamt ergibt sich das Bild eines zwar begrenzten, aber dafür um so aktiveren Milieus der Unzufriedenen. Sie auszugrenzen ist keine Lösung. Allerdings darf sich die Kirche ihre Tagesordnung auch nicht von solchen Gruppen bestimmen lassen.

Verschiedene innerkirchliche Auseinandersetzungen der letzten Jahre wurden entscheidend von der Tatsache mitbeeinflusst, daß Bewegungen, Gruppen, Publikationsorgane und Einzelpersonen, die sich selbst als ausgesprochen traditions- und papsttreu verstehen, ihren Einfluß geltend machten, zuweilen an den zuständigen Ortsbischöfen vorbei. Ob es die Haltung der drei Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenprovinz in bezug auf den pastoralen Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen war oder der Versuch in den Vereinigten Staaten, eine Übersetzung des Weltkatechismus in betont frauengerechter Sprache durchzusetzen, ob sich ein Bischof besonders reformfreudig gibt oder irgendwo Unorthodoxes verlautet oder geschieht – die Kritiker „von rechts“ werden auf den Plan gerufen.

Diesem Teil kirchlicher Öffentlichkeit paßt vielfach die ganze Entwicklung nicht, die die katholische Kirche in der Nachkonzilszeit nahm. Ihm zeigt die katholische Kirche konfessionell zu wenig klar Flagge. Man setzt auf entschiedene Unnachgiebigkeit gegenüber dem viel gescholtenen „Zeit-

geist“. Das Zweite Vatikanische Konzil und die in seinem Gefolge unternommenen Reformen sind für diesen Teil des Katholizismus wenn nicht gar rundherum ein rotes Tuch, so doch mindestens teilweise fragwürdig. Von einer größeren, auch kirchlichen Öffentlichkeit wenig beachtet, hat sich ein Machtfaktor herausgebildet, dessen Einfluß auf den unterschiedlichsten kirchlichen Ebenen zwar nicht zu unterschätzen ist, dessen Überschätzung aber möglicherweise mit dazu beiträgt, daß die katholische Kirche in manchen Fragen auf der Stelle tritt, anstatt die entsprechenden Probleme offen und ehrlich anzugehen.

Wer sind diese immer wieder bremsend wirkenden Kreise? Für wen sprechen sie? Wer steht hinter ihnen? Was sind ihre Publikationsorgane? Wie groß ist ihr Anteil an der katholischen Bevölkerung im deutschsprachigen Raum? Was sind ihre zentralen Themen? Welche Vorstellung von Kirche spricht aus ihren Analysen und Kommentaren?

Die Bezeichnung des hier angesprochenen Teils des Katholizismus als „rechtes Spektrum“ kann bestenfalls als *Hilfs-*